

## Haushalt der Gemeinde Alsbach-Hähnlein 2022

### Stellungnahme der IUHAS-Fraktion



Wir möchten uns zuerst bei Frau Neumann, der Leiterin der Finanzverwaltung, und Herrn Pfeifer für die Erstellung dieses Haushaltsplans bedanken. Ein weiterer Dank gebührt ihnen für die ausführliche Beantwortung der Fragen unserer Fraktion.

Bevor ich zum Haushaltsentwurf 2022 komme, möchte ich einen **kleinen Blick zurückwerfen**. Der erste Haushaltsplan, den uns Herr Bubenzer als Bürgermeister vorlegte, wies ein Defizit von 1.88 Mio. Euro auf.

Die mittelfristige Ergebnisplanung versprach uns damals für das Jahr 2021 nur noch ein Defizit von ca. 500.000,- € und für 2022 sogar nur ein Defizit von 200.000,- €.

Wie aber war die Entwicklung tatsächlich ?

Der Haushaltsplan 2021 wies wieder ein Defizit von 1.5 Mio. Euro aus. Und dieses Jahr beraten wir sogar über einen Entwurf mit einem Defizit von 3,6 Mio. Euro.

Nun könnte man vermuten, dass der Gemeinde in den letzten Jahren die Einnahmen weggebrochen sind. Dies wäre in Zeiten der Pandemie sogar erklärbar. Aber nein: wie ein Blick in den Vorbericht dieses Haushaltsentwurfs zeigt, hat die Gemeinde in den Jahren 2020 und 2021 einmal über 4 Mio. Euro und dann noch einmal fast 2 Mio. Euro **mehr an Gewerbesteuer** eingenommen, also in **Summe 6 Mio. Euro**.

*Dass hin und wieder Gewerbesteuer teilweise zurückgezahlt werden muss, ist jedem bekannt. Und dass eine abundante Gemeinde wie A-H nicht auch noch Schlüsselzuweisungen erhält, wird man verstehen.*

Nur diesen erhöhten Einnahmen an der Gewerbesteuer ist es zu verdanken, dass die Gemeinde überhaupt noch zahlungsfähig ist. Unser Bestand an Zahlungsmitteln verändert sich vom 1.1.22 mit einem Ist von über 10 Mio. € auf einen Restbetrag Ende dieses Jahres von nur noch ca. 2 Mio. €.

Wie sollen bei einer solchen Entwicklung die nächsten Jahre finanziert werden?

Nach diesem kurzen Rückblick möchte ich auf den aktuellen Entwurf zu sprechen kommen.

Die IUHAS wird trotz dieses immensen Defizits dem Haushalt zustimmen, da wir wissen, dass die Gemeinde in diesem Jahr erhebliche Ausgaben zu stemmen hat, so u.a. die Sanierung des Funktionsgebäudes an der Sportanlage Hähnlein mit mehreren Hunderttausend €.

Allerdings werden wir unsere Zustimmung von der Umsetzung einiger Punkte, auf die ich gleich zu sprechen komme, abhängig machen:

1. Die Gemeindevertretung hat den **Neubau einer Kita in Hähnlein** beschlossen. Hierzu sind Mittel in Höhe von ca. 8,5 Mio. Euro notwendig. Leider findet sich im Haushaltsentwurf kein entsprechender Ansatz für die Jahre 2023 – 2025. Sollte hier durch die Hintertür wieder versucht werden, diese Kita nach einem PPP-Modell zu finanzieren? Die IUHAS – Fraktion hatte sich bereits bei der Haushaltsdebatte 2021 entschieden gegen ein solches Modell ausgesprochen.

Bei einem **PPP – Modell (Public Private Partnership)** baut ein Investor und die Gemeinde mietet ihre Kita zurück. Solche Projekte sind nicht neu. Eines der bekanntesten Projekte war 2004 der Landkreis Offenbach mit seinen Schulen, die mit privatem Kapital saniert und betrieben werden sollten. Das Ergebnis kann man nur mit „Über den Tisch gezogen“ beschreiben. Während die beteiligten Unternehmen einen Gewinn von über 100 Mio. Euro einstrichen, häufte der Kreis Schulden in einem hohen dreistelligen Bereich an. Die TU Darmstadt machte es mit ihrem damaligen Kanzler besser. Nach reiflicher Prüfung hat die TU mehr als 50 Bauprojekte in Eigenregie durchgeführt. Sie hat dadurch wahrscheinlich auch hohe Beratungskosten gespart, die beim Kreis OF in Millionenhöhe angefallen sind.

Der Bundesrechnungshof hat bereits 2011 mit den Rechnungshöfen aller Bundesländer festgestellt, dass die Wirtschaftlichkeit von solchen Projekten nicht nachgewiesen ist. Eine Fernsehdokumentation hat 2013 detailliert die Nachteile von PPP-Projekten aufgezeigt: keine parlamentarische Kontrolle, Geheimhaltung der Verträge etc. Der Präsident des Bundesrechnungshofes wies darauf hin, dass die Unternehmen anders als der Staat Gewinne erzielen müssen, ihre Kreditkosten oftmals aber höher sind als die des Staates. Hier zeigt sich der Zielkonflikt: Die Politik muss sich am Gemeinwohl orientieren, das Hauptziel von Unternehmen ist die Gewinnmaximierung.

Wir beantragen deshalb, im Finanzplan für die Jahre 2023 – 2025 entsprechende Mittel einzustellen, um den Neubau in Gemeindehand zu finanzieren. (2023: 3.500.000, €, 2024: 3.000.000,- € und 2025: 1.000.000,- €)

Wir sind der Meinung, dass diese Mittel wg. der Haushaltsklarheit unbedingt im Haushaltsentwurf erscheinen müssen. Wir sind es den Bürger:innen der Gemeinde schuldig, deutlich zu machen, welche Vorhaben A-H realisieren will und wie diese zu finanzieren sind. Transparenz ist nicht nur ein Schlagwort, es muss auch praktiziert werden.

Statt zur Finanzierung eines Grundstückserwerbs für den Neubau im Ritterbruch ist das Darlehen aus dem Hess. Investitionsfonds in Höhe von 800.000,- € für den Neubau am alten Standort vorzusehen.

2. Die Gemeindevertretung hat am 15.6.2021 beschlossen, ein Verfahren zur Erstellung eines **ISEK (Leitbild zur Entwicklung der Gemeinde)** einzuleiten und in die Städteförderung des Landes Hessen aufgenommen zu werden. Hierzu wurden bereits Erfahrungen der Gemeinden Lorsch und Einhausen eingeholt. Um ein solch städtebauliches Entwicklungskonzept zu erstellen, bedarf es auch der notwendigen Haushaltsmittel, so dass wir beantragen im Haushalt ein entsprechendes Sachkonto anzulegen und 50.000,- € einzustellen.

Bevor ich nun auf weitere von der IUHAS gestellte Anträge zu sprechen komme, möchte ich noch kurz auf den **Stellenplan** eingehen.

Die Gemeinde gibt jährlich Millionen für die Kinderbetreuung aus. Trotzdem möchte der BM die Kindertagesstätten noch besser ausstatten. Obwohl dies eine Erhöhung des Stellenplans um mehrere Stellen bedeutet, werden wir diese Ausweitung mittragen, da der IUHAS die personelle und sächliche Ausstattung unserer Kindertagesstätten und Krippen am Herzen liegt. Wir möchten aber auch, dass die Stelle in der Jugendförderung, die z.Z. nicht besetzt ist, so schnell wie möglich ausgeschrieben wird.

Zum Jahresbeginn 2020 wurde gemeinsam mit den Kommunen Bickenbach und Seeheim-Jugenheim ein gemeinsamer **Ordnungsbehördenbezirk (OBB)** gegründet. Aber bereits nach einem Jahr haben CDU und FW auf Wunsch des Bürgermeisters beschlossen, diesen OBB wieder zu verlassen. Statt sich mit möglichen Anfangsschwierigkeiten auseinanderzusetzen und gemeinsam mit den anderen Kommunen diese Prozesse zu optimieren, geht unser BM lieber

eigene Wege. Und dies auf Kosten der Steuerzahler. Hat uns der OBB 2020 ca. 60.000,- € gekostet, kalkulieren wir im diesjährigen Haushalt mit der 3-fachen Summe. 2022 sind 180.000,- € fällig. Darin enthalten sind 180.000,- € Personalkosten und weitere 31.500,- € für Sachleistungen. Da uns kein Radargerät wie bisher im OBB zur Verfügung steht, muss die Gemeinde, um auch den fließenden Verkehr zu kontrollieren, ein solches hinzumieten.

Obwohl wir - wie die Bürgermeister der Nachbarkommunen - der Meinung sind, dass man gemeinsam mehr erreichen kann, akzeptieren wir den Status quo und die eingeplanten Mittel. Wir hoffen, dass die Kommunalpolizei die in sie gesetzten Hoffnungen erfüllen kann und wünschen ihr alles Gute und viel Erfolg.

Eine Stelle, die wir keineswegs so übernehmen können, ist beim BM angesiedelt. Die Gemeinde hat vor kurzem eine halbe **Stelle für Presse und Öffentlichkeitsarbeit** ausgeschrieben und besetzt. Wir sind der Meinung, dass eine Gemeinde, die seit Jahren defizitär arbeitet und dieses Jahr wieder einen Haushalt mit einem Minus von 3.5 Mio. € diskutiert, eine solche Stelle nicht benötigt. Eine Kommune hat mit ihren Leistungen für die Bürger zu werben und nicht mit PR-Schlagzeilen. Da wir die Stelle jetzt nicht streichen können, haben wir beantragt, diese mit einem KW – Vermerk zu versehen, d.h. diese Stelle kann zukünftig wegfallen.

### **Kommen wir nun zu weiteren Anträgen der IUHAS – Fraktion:**

Bereits 2019 hatte die IUHAS-Fraktion den Antrag gestellt, 12.000,- € in den Haushalt aufzunehmen für die Einführung eines **1-Euro-Tickets** für eine „Wabe Alsbach-Hähnlein“, d.h. für eine Nutzung des ÖPNV innerhalb der Gemeinde. Das Ziel war, das Angebot des ÖPNV attraktiver zu gestalten und damit eine Reduzierung der Umweltbelastung zu erreichen. Eine Neugestaltung der „Wabe“ – der Zahlbereiche des ÖPNV – wurde bis jetzt zwar von DaDiNa bzw. dem RMV noch nicht umgesetzt. Dies ist für uns aber kein Grund dieses Geld aus dem Haushalt zu streichen. Wir werden diesen Betrag wieder einfordern und weiterhin versuchen, eine für die Bürger\*innen Alsbach-Hähnleins günstige Tarifstruktur zu erreichen. Nach unseren Informationen wird beim RMV auch bereits an weiteren Differenzierungen gearbeitet und die Einführung neuer Preisstufen angestrebt.

Die Einführung eines Ruftaxis oder eines „**Shuttle – on - Demand**“, wie der BM es neuerdings bezeichnet, ist für uns keine Alternative. Wie werden beantragen, dass die hierfür eingestellten Mittel abgeplant bzw. wenigstens mit einem Sperrvermerk versehen werden.

Obwohl der Gemeindevorstand selbst im Haushalt 2020 Mittel in Höhe von 5.000,- € für die Erstellung eines **Mobilitätskonzepts** eingeplant hatte und dieses damals so beschlossen wurde, ist nichts geschehen. Ich hatte diese Nichtumsetzung beschlossener Maßnahmen in meiner letzten Haushaltsrede 2021 bereits kritisiert. Bis zum heutigen Tag ist kein Konzept erstellt worden. Nicht nur das, es finden sich auch keine Haushaltsmittel mehr in diesem Entwurf. Sind alle Fragen der Mobilität in Alsbach-Hähnlein beantwortet und gelöst? Keineswegs! Wir haben deshalb wieder beantragt, Geld für ein solches Konzept in den Haushalt aufzunehmen.

In der Dezembersitzung der Gemeindevertretung hat die IUHAS – Fraktion einen Antrag eingebracht zur Erarbeitung einer **Waldstrategie**, um unseren Wald naturnah und klimaresistent zu entwickeln. Dieser Antrag wurde in den BPUO überwiesen. Der BM hat zwar inzwischen zu einem Runden Tisch eingeladen. Wir sind aber der Meinung, dass es damit noch nicht getan ist. Wir erwarten einen längeren Diskussionsprozess, ggf. auch unter Hinzuziehung eines externen Fachberaters. Deshalb möchten wir in diesem Haushalt Geld dazu bereitstellen. Dies kann auch mit einem Sperrvermerk sein, wenn es den anderen Fraktionen dann leichter fällt, zuzustimmen.

Wie andere Kommunen der Umgebung hätten wir auch gerne wenigstens 2.000,-€ zur Verfügung gestellt, um Bürger:innen, die ihre **Vorgärten** aufwerten möchten, zu beraten und mit einem kleinen Zuschuss für die Anschaffung von Pflanzen zu unterstützen. 2020 hatte die Gemeindevertretung solche Beratungsangebote beschlossen, um auch bereits angelegte **Schottergärten** umzugestalten. Trotz dieses bestehenden Beschlusses folgten uns die anderen Fraktionen in den Haushaltsberatungen nicht.

Auch beim Thema **Naturschutzmaßnahmen** konnten wir die Mehrheit nicht überzeugen, für die Förderung von Baum- und Blühstreifenpatenschaften sowie für grüne Aktionstage einen kleinen Betrag in den Haushalt aufzunehmen.

Gerne hätten wir für Kindergartenprojekte ein kleines Budget zur Verfügung gestellt. Damit sollten Kurse finanziert werden, die Kita-Kinder vor dem **Schulstart** zu den Themen *Umgang mit Gefahrensituationen, Grundlagen der Selbstbehauptung und Verkehrssicherheit* besuchen könnten. Wenn man solche Projekte nicht mittragen will, muss man die Eltern dieser Kinder besser über bereits vorhandene Maßnahmen informieren.